

DIETMAR PEITSCH

SPIONAGE IN BERLIN

AGENTEN IM
KALTEN KRIEG

ELSENGOLD 



DIETMAR PEITSCH

SPIONAGE IN BERLIN

AGENTEN IM
KALTEN KRIEG



VORWORT	7
EINLEITUNG	9
Spionage – Das zweitälteste Gewerbe der Welt	
EIN ANFANG NACH DEM ENDE	10
Der Aufbau der Geheimdienste in Berlin nach Ende des Zweiten Weltkriegs	
ERSTE SCHRITTE DER SPIONE	21
Die Anfangsjahre der Geheimdienste in Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Mauerbau	
DIE GROSSEN OHREN DER GEHEIMDIENSTE	31
Funkaufklärung in West und Ost	
GEHEIME UNTERGRUNDKÄMPFER IN BERLIN	45
Stay-behind-Organisationen in West und Ost	
LEGALE SPIONAGE	66
Erkundungsfahrten der Militärverbindungsmissionen	
DIE HELFER DER SPIONE	72
West-Berliner Organisationen im Dienst der Geheimdienste	
RIAS	87
Die angebliche Agentenzentrale der Amerikaner	
TUMMELPLATZ DER GEHEIMDIENSTE	93
Das Notaufnahmelager Marienfelde	
DER FEIND IN UNIFORM	98
Die Ausspähung der West-Berliner Polizei durch das MfS	
DIE MAULWÜRFE VON CIA UND MI 6	108
Der Spionagetunnel in Rudow	
WESTLICHE SPIONE IN DEN FÜHRUNGSETAGEN DES DDR-REGIMES	117
Mythos oder Wahrheit?	
RIFI IN WEST-BERLIN	124
Entführungen des MfS	





DOPPELTER ÜBERTRITT

133

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz
Otto John

WER WUSSTE WAS?

139

Der Mauerbau, seine Folgen und die weitere Entwicklung
der Spionage

GUT PLATZIERT

149

MfS- und KGB-Spione in den West-Berliner Abhörstationen

DER SPION, DER AUS DER KÄLTE KAM

157

Der Überläufer Werner Stiller

VERGIFTETE BOULETTEN

166

Drei Mordversuche des MfS an dem Fluchthelfer
Wolfgang Welsch

BERND MOLDENHAUER

172

Ein missglückter Werbeversuch des MfS

EIN ZUFALLSFUND

177

Der Absturz eines sowjetischen Kampfflugzeugs
in den Stößensee

EIN SENATOR AUF ABWEGEN

180

Heinrich Lummer und das MfS

PSYCHISCHE AUSNAHMESITUATION

183

Der Übertritt des Verfassungsschützers
Hansjoachim Tiedge in die DDR

AGENTENAUSTAUSCH AUF DER „BRÜCKE DER EINHEIT“

188

DIE DREI VOM HOTEL LUFTBRÜCKE

193

DAS ENDE DES KALTEN KRIEGES

197

Abkürzungsverzeichnis

204

Literaturverzeichnis

206

Bildnachweis/Impressum

208





VORWORT

Ein Buch über Spionage zu schreiben begegnet der Schwierigkeit, dass Geheimdienste im Verborgenen arbeiten und nur sehr wenig über ihre Tätigkeit öffentlich bekannt wird. Das gilt zum großen Teil auch für die während des Kalten Krieges in Berlin stationierten oder hier handelnden Dienste und ihre Zuträger. Allerdings ist die Zugangslage zu den Informationen unterschiedlich. Akten über die Spionage des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) lagerten bis zum 17. Juni 2021 beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), der sogenannten Stasi-Unterlagenbehörde. Heute gehören sie zum Stasi-Unterlagen-Archiv des Bundesarchivs. Dort stehen sie für die Auswertung zur Verfügung. Allerdings sind viele Unterlagen bei der Auflösung des MfS vernichtet worden, und vieles von dem, was noch vorhanden ist, konnte bisher noch nicht erschlossen werden.

Akten des MfS in der sogenannten Stasi-Unterlagenbehörde

Über die Tätigkeiten anderer Geheimdienste ist kaum etwas bekannt. Die westalliierten Dienststellen verweigern bis heute die Akteneinsicht, auch russische Geheimdienste sperren sich gegen die Freigabe der Akten des Komitees für Staatssicherheit (KGB). Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat im Jahre 2011 eine Unabhängige Historikerkommission einberufen, die die Geschichte des Nachrichtendienstes von 1945 bis 1968 erforscht. Dazu haben die Mitglieder der Kommission Einblick in alte Unterlagen erhalten. Die Aktenführung war in den frühen Jahren des BND jedoch so unpräzise, dass sich nicht immer ein schlüssiges Gesamtbild seiner Arbeit entwickeln lässt. Zudem standen die Berlinbezüge nicht im Vordergrund der Arbeit der Kommission.

Über einen Umweg lassen sich dennoch einige Schlüsse auf die Arbeit westlicher Dienste ziehen. Die Hauptabteilung IX des MfS, die für die Strafverfolgung von Spionagedelikten zuständig war, verfasste über viele Jahre hinweg monatliche Berichte an Minister Mielke über Spionageaktivitäten westlicher Geheimdienste. Der britische Historiker Paul Maddrell hat diese Berichte bei der Stasi-Unterlagenbehörde analysiert und kommt zu einigen interessanten Feststellungen.

Eine zweite Informationsquelle neben offiziellen Akten sind Berichte ehemaliger Mitarbeiter der Geheimdienste und von Spionen. Ich werde diese Darstellungen in mein Buch einfließen lassen und auch einiges aus meinen eigenen Erlebnissen als Geheimenschutzbeauftragter des Polizeipräsidenten in Berlin erzählen. Damals gehörte die Spionageabwehr zu meinen Aufgaben. Aus solchen Erfahrungsberichten lassen sich durchaus wertvolle Erkenntnisse gewinnen, auch wenn sie subjektiv gefärbt sind.

Schließlich hat auch die Presse einiges dazu beigetragen, dass geheime Spionagevorfälle bekannt geworden sind. So ist zum Beispiel die Entführung des MfS-Spions Jeffrey Carney durch einen amerikanischen Geheimdienst auf offener Straße in Berlin erstmalig durch Presseberichte öffentlich geworden.

Ein Kapitel dieses Buches befasst sich mit dem Versuch des MfS, mich als Inoffiziellen Mitarbeiter zu werben. Ich schreibe diese Erlebnisse nicht deshalb auf, weil sie besonders spektakulär waren, sondern um die typische Vorgehensweise des DDR-Geheimdienstes bei der Gewinnung von Spionen zu beschreiben.

Meine Darstellung der Spionage in Berlin während des Kalten Krieges basiert in erster Linie auf bereits veröffentlichten Informationen. Bei der Auswertung der Unterlagen bin ich so vorgegangen, wie die Auswerter der Nachrichtendienste es tun: Ich habe mich möglichst nicht ausschließlich auf eine Quelle gestützt, sondern Vergleichsquellen herangezogen, die ich gegeneinander abgeglichen habe. So habe ich versucht, die Glaubwürdigkeit der Informationen zu ermitteln. Zu Hilfe kam mir dabei meine langjährige Tätigkeit beim Berliner Verfassungsschutz, wo ich die Methoden der Verifizierung von Informationen kennengelernt habe. Beim Vergleich der verschiedenen Quellen musste ich feststellen, dass sie sich teilweise widersprachen oder ungenau waren. Nicht immer ließ sich der Wahrheitsgehalt bis ins Letzte ermitteln. Trotz aller Widrigkeiten lässt sich heute ein recht gutes Gesamtbild der Spionage in Berlin während des Kalten Krieges entwickeln, das zeigt, wie Berlin im Zentrum der Ost-/Westspionage stand.

SPIONAGE – DAS ZWEITÄLTESTE GEWERBE DER WELT

Spionage ist das zweitälteste Gewerbe der Welt, heißt es. Dieser Satz enthält viel Wahres. Bis ins Altertum lässt sich die heimliche Informationsbeschaffung zurückverfolgen. Was ist es, das die Spionage zu einem nicht wegzudenkenden Teil unserer Geschichte macht? Der Philosoph Francis Bacon dürfte den Grund dafür richtig erkannt haben: Wissen ist Macht. Wer ist es, mit dem ich es zu tun habe? Was plant er, wie handelt er, mit wem ist er verbündet? Das sind die Fragen, die von alters her diejenigen umtreiben, die Staaten regieren, die ihre Macht sichern oder erweitern wollen, die Verbündete suchen oder Gegner aufzuspüren trachten.

Spionage spielt sich nach unserem Verständnis im Dunkeln ab, niemand weiß genau, was im Dickicht der Geheimdienste geschieht, niemand kennt die Akteure, niemand weiß, wie Geheimdienste tatsächlich arbeiten. Spionage kennen wir hauptsächlich aus Romanen und Filmen, dort lesen und sehen wir von den Superhelden James Bond und Jack Ryan, oder aber von dem Antihelden George Smiley in den Werken von John le Carré. Weder die einen noch der andere entsprechen dem Bild eines realen Spions. Wie sieht der nun aus, wie handelt er, wie arbeiten Geheimdienste in der Realität?

Vieles ist banal, vieles ist bürokratisch, manches ist langweilig, einiges ist aber auch atemberaubend und teilweise kaum zu glauben. Das gilt gerade für die Zeit des Kalten Krieges und ganz besonders für Berlin. Einbrüche, Überfälle, Erpressungen, Entführungen und sogar Morde gehörten hier zum Geschäft der Geheimdienste. In Berlin spielte sich damals ein Geheimdienstkrieg ohne Beispiel ab.

EIN ANFANG NACH DEM ENDE

Der Aufbau der Geheimdienste in Berlin nach Ende des Zweiten Weltkriegs

Im Mai 1945 lag Berlin in Trümmern. Die Bevölkerung kämpfte ums Überleben, musste sich darum sorgen, die tägliche Lebensmittelration zu erhalten, musste den Schutt der zerbombten Häuser zur Seite räumen und den Verkehr wieder zum Laufen bringen. Mit aller Kraft begannen die Menschen sofort nach dem Ende der Kampfhandlungen mit dem Wiederaufbau der Stadt. Schon am 14. Mai 1945 verkehrte wieder eine U-Bahn, am 26. Mai gaben die Berliner Philharmoniker ihr erstes Nachkriegskonzert. Der sowjetische Stadtkommandant Nikolai Erastowitsch Bersarin organisierte energisch den Aufbau einer neuen Stadtpolizei, die Wiederinbetriebnahme der Gas-, Wasser- und Elektroenergieversorgung, kümmerte sich um die Beschaffung von Lebensmitteln und den Neubeginn des Schulbetriebs. Übergriffe sowjetischer Soldaten auf die Berliner Bevölkerung ahndete er konsequent, Vergewaltiger wurden mit dem Tode bestraft.

Was sich hinter den Kulissen abspielte, bemerkte die Bevölkerung nicht. Als im Sommer 1945 die Westalliierten in Berlin einzogen und ihre in der Konferenz von Jalta festgelegten Sektoren in Besitz nahmen, war die Atmosphäre zwischen ihnen und der sowjetischen Besatzungsmacht angespannt. Schon während des Zweiten Weltkriegs hatte sich die Waffenbrüderschaft getrübt. Die Sowjetunion auf der einen Seite, die westlichen Siegerstaaten auf der anderen begegneten sich mit zunehmendem Misstrauen. Deshalb kam man 1945 schnell zu der Überzeugung, dass es der Schutz der eigenen Streitkräfte im jeweils besetzten Teil Deutschlands gebot, Informationen darüber zu erlangen, was die andere Seite plante. Dazu benötigte man gut organisierte Geheimdienste.

Die Organisation des Geheimdienstwesens aller vier Besatzungsmächte um 1945 war unübersichtlich. Die Amerikaner besaßen bis zum Zweiten Weltkrieg kein gut ausgebautes Spionagesystem. Um die geheimdienstliche Situation während des Krieges zu

verbessern, wurde 1942 das Office of Strategic Services (OSS) eingerichtet. Bereits zum Ende des Krieges löste man diesen Dienst aber wieder auf und integrierte ihn teilweise in die Central Intelligence Corps (CIC). 1947 gründete die US-Regierung dann die Central Intelligence Agency (CIA), deren Berliner Außenstelle Berlin Operating Base (BOB) hieß. Eine wichtige Rolle in Berlin spielte auch der Armee-Geheimdienst United States Army Intelligence and Security Command (INSCOM).

Die ersten US-Geheimdienstler landeten am 4. Juli 1945 auf dem Flughafen Tempelhof. Sie schlugen ihr Quartier in dem Gebäudekomplex des ehemaligen Kommandostands von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel im Föhrenweg in Dahlem auf und organisierten dort die BOB. Die Gruppe der Geheimdienstler vergrößerte sich schnell. Als das Areal am Föhrenweg zu klein wurde, zog die BOB in die Kaserne in der Clayallee um. Dort wuchs sie schließlich zu einer der größten Basen der CIA außerhalb der Vereinigten Staaten.

Sitz der ersten
US-Geheimdienstler
war das Haus
Föhrenweg 21 in
Berlin-Dahlem.



Für Großbritannien arbeitete Anfang des 20. Jahrhunderts der Secret Intelligence Service (SIS), auch als Military Intelligence, Abteilung 6 (MI 6) bekannt. Die ersten britischen Geheimdienstler in Berlin hatten ihren Standort auf dem militärisch genutzten Flugplatz Gatow. Neben dem MI 6 betrieb eine Signal Unit der Royal Air Force von Gatow aus, später in der Abhörstation auf dem Teufelsberg, die Funkaufklärung gen Osten. Ein weiterer britischer Dienst in Berlin waren die Government Communications Headquarters (GCHQ), die ebenfalls Funkaufklärung betrieben.

Die Franzosen gründeten 1945 den Service de Documentation Extérieure et de Contre-Espionnage (SDECE). Während Amerikaner und Briten in vielen Teilen der Aufklärung in Berlin zusammenarbeiteten, verfolgten die Franzosen ihre geheimdienstlichen Interessen separat. Einer ihrer Stützpunkte befand sich in der Rue Montesquieu in Waidmannslust, wo sie mit dem BND zusammenarbeiteten. Da der BND als Bundesbehörde offiziell nicht in Berlin tätig werden durfte, nannte sich seine Einheit Arbeitsgruppe für Vergleichsuntersuchungen.

Die Geheimdienste der Sowjetunion wurden im 20. Jahrhundert mehrfach umorganisiert, bis 1954 der KGB entstand. Bis zu seiner Gründung lag die Spionage in Berlin in den Händen des Ministeriums für Staatssicherheit (MGB) und des Auslandsgeheimdienstes Komitet Informatij (KI).

Der KGB war zunächst in verschiedenen Gebäuden in Karlshorst stationiert, bis die Zentrale 1960 in der ehemaligen Pionierschule der deutschen Wehrmacht in Karlshorst eingerichtet wurde, wo schon der Geheimdienst der Sowjetarmee GRU sein Domizil hatte. Weil sich die Dienststellen von KGB und GRU gegenseitig nicht über den Weg trauten, waren ihre Areale durch eine Mauer voneinander getrennt. Die beiden Dienste arbeiteten im besten Fall nebeneinander her, manchmal auch gegeneinander. So hatte zum Beispiel das MGB Spitzel beim KI platziert, um den Konkurrenzdienst auszuspionieren.

Die Organisation Gehlen, die Vorläuferinstitution des BND, nahm in Berlin schon bald nach dem Krieg ihre Arbeit auf. Ihren Namen verdankte die Dienststelle ihrem Leiter Reinhard Gehlen. Gehlen, der während des Zweiten Weltkriegs als Generalmajor der Wehrmacht in der Abteilung Fremde Heere Ost (FHO) im Generalstab des Heeres eingesetzt war und dort gegen die Sowjetunion

spionierte, bot sich nach Kriegsende mit seinem Wissen, seinen geheimen Unterlagen und mit einem Teil seines Personals den Amerikanern als Kooperationspartner an. Die ließen sich die Chance nicht nehmen, stellten politische Vorbehalte wegen Gehlens nationalsozialistischer Vergangenheit zurück und ließen ihn eine deutsche Geheimdienstorganisation aufbauen. Die Organisation Gehlen hatte zunächst noch keine festgefügt-Strukturen, unterstand unmittelbar amerikanischen Geheimdienststellen und wurde von diesen finanziert.

Neben der Zentrale in München-Pullach hatte die Organisation Gehlen mehrere Außenstellen in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Der Dienst war in mehrere Ebenen gegliedert, auf der untersten tarnten sie sich als Versicherungsvertretungen, Steuerbüros oder Buchgemeinschaftsvertretungen. Von Berlin aus wurden vor allem Agenten in die sowjetische Besatzungszone und spätere DDR, aber auch in andere Ostblockstaaten entsandt. Wie viele es waren, ist nicht bekannt, man schätzt ihre Zahl auf etwa 4000.

Als West-Berliner Landesbehörde war das Landesamt für Verfassungsschutz, das am 5. März 1951 eingerichtet wurde, für die Spionageabwehr zuständig. Es hatte in zweifacher Hinsicht eine besondere Stellung: Zum einen unterstand es – wie auch die West-Berliner Polizei – der unmittelbaren Befehlsgewalt der Westalliierten. Zum anderen verfügte es über weitgehende Zuständigkeiten in der Spionageabwehr. Dies unterschied den Berliner Verfassungsschutz von anderen Landesämtern, die nicht eigenständig Spionageabwehr betrieben, sondern dies dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) überließen. Die besondere Zuständigkeit der Berliner Verfassungsschutzbehörde war zum einen darin begründet, dass man unmittelbar im Zentrum der Ost-/Westspionage Fachleute vor Ort benötigte, zum anderen verfolgten die Westalliierten auf diesem Feld starke eigene Interessen, für die sie Experten einsetzen wollten, die sich in der Stadt auskannten und mit der Mentalität der Berliner Bevölkerung vertraut waren.



Die meisten Abteilungen und Referate des Berliner Verfassungsschutzes befanden sich im Kathreiner-Haus in der Potsdamer Straße.

Nachdem der Berliner Verfassungsschutz in seinen ersten Jahren am Fehrbelliner Platz untergebracht war, hatte er später seinen Sitz in der Clayallee. Die meisten Abteilungen und Referate befanden sich allerdings im denkmalgeschützten Kathreiner-Haus in der Potsdamer Straße. Sie waren hier einigermaßen gut getarnt, da in diesem Bürohochhaus auch noch andere Behörden residierten und die Dienststelle des Verfassungsschutzes zwischen ihnen nicht auffiel.

Der wichtigste Geheimdienst der DDR war das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Der Akt seiner Gründung vollzog sich in Minutenschnelle. Am Abend des 8. Februar 1950 verabschiedete die Provisorische Volkskammer ohne Aussprache einstimmig das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit, das nur aus einem Paragraphen bestand. Kurz und bündig wurde angeordnet: „Die bisher dem Ministerium des Innern unterstellte Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft wird zu einem selbstständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet.“

Die DDR-Regierung stand damals unter enormem Handlungsdruck. Sie beklagte massive Betrügereien und Sabotage im Land, Bauern widersetzten sich der Enteignung, volkseigene Betriebe wurden aus Protest von den Arbeitern lahmgelegt. Verantwortlich gemacht wurden dafür „Nazi-Kader, Terror- und Spionageorganisationen im Auftrag amerikanischer und britischer Geheimdienste“. Diesen Entwicklungen wollten die Regierenden mit dem neuen Ministerium entgegenwirken. Gleichzeitig entzog man damit Innenminister Karl Steinhoff, der bisher für die Sicherheit zuständig war und die Probleme nicht in den Griff bekam, einen Teil seiner Kompetenzen.

Das MfS war, wie das Gesetz von 1950 zum Ausdruck bringt, nicht der erste Geheimdienst der DDR. Schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg begannen in der Führungsriege der sowjetisch besetzten Zone Überlegungen, ein geheimdienstliches System aufzubauen. Im Dezember 1948 beantragte deshalb die SED-Führung um Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht bei Josef Stalin die Errichtung einer staatlichen Organisation, deren Aufgabe es sein sollte, die Überführung der Produktionsmittel in das Staats- und Kollektiveigentum sicherzustellen. Nachdem Stalin im Mai 1949 seine Zustimmung erteilt hatte, wurde der Ausschuss zum Schutze des Volkseigentums gebildet, dessen Leiter Erich Mielke wurde. Im Oktober

1951 integrierte die DDR-Regierung den Ausschuss als Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft in das Ministerium des Innern.

Bereits ab 1947 existierten bei den Landespolizeien in der sowjetisch besetzten Zone Kommissariate zur Bearbeitung politischer Straftaten, die die Bezeichnung K 5 (Kriminalpolizei 5) trugen. Diese Kommissariate entwickelten bald ein Eigenleben und entzogen sich der Kontrolle vorgesetzter Polizeidienststellen. Sie wirkten eher als Hilfskräfte sowjetischer Dienststellen denn als Einheiten der deutschen Polizei. Deshalb wurden sie bald wieder aufgelöst und teilweise in die Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft integriert. Aus dieser Hauptverwaltung entstand dann das Ministerium für Staatssicherheit.

Dessen erster Leiter war Wilhelm Zaisser, sein Staatssekretär Erich Mielke. Die Sowjets lehnten es ab, Mielke zum Minister zu ernennen, da er ihnen wegen seiner früheren Tätigkeit für die NS-Organisation Todt nicht vertrauenswürdig genug schien.

Zaisser gehörte zur alten Garde kommunistischer Kämpfer. 1918 schloss er sich der USPD an und trat 1919 in die neu gegründete KPD ein. 1921 wurde er als Mitglied der Oberleitung der illegalen Kampforganisation der KPD verhaftet. Nach seiner Freilassung nahm er an einem Lehrgang an der Militärpolitischen Schule der Komintern in Moskau teil. Ab 1926 war er als Mitarbeiter des Zentralkomitees der KPD für die militärpolitische Schulung verantwortlich. Er beteiligte sich am Spanischen Bürgerkrieg und wurde danach Mitarbeiter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) in Moskau.

Im Februar 1947 kehrte Zaisser nach Deutschland zurück und bekleidete bis 1948 den Posten des Polizeipräsidenten der Landespolizei Sachsen-Anhalt in Halle an der Saale. In den Jahren 1948 und 1949 war er Innenminister des Landes Sachsen und leitete danach von 1949 bis 1950 die Verwaltung für Schulung der Deutschen Verwaltung des Innern und die Hauptverwaltung Ausbildung des Ministeriums des Innern.



Wilhelm Zaisser war der erste Leiter des 1950 gegründeten MfS.

Erich Mielke im
Dezember 1958



MfS-Minister Zaisser fiel jedoch bald in Ungnade und wurde im Juli 1953 abgesetzt. Dafür gab es mehrere Gründe: Zum einen wurde ihm vorgeworfen, den Aufstand am 17. Juni nicht verhindert zu haben, zum anderen betrieb Zaisser seit Längerem den Sturz Ulbrichts, was dieser zu verhindern suchte. Der SED-Führung kam es deshalb sehr gelegen, dass sich Zaisser unberechtigte Zahlungen und Kredite in Höhe von 230 000 Mark erschlichen hatte.

Sein Nachfolger wurde aber noch nicht Erich Mielke, sondern zunächst Ernst Wollweber. Erstmals trat Wollweber während der Novemberrevolution im Jahre 1918 in Erscheinung, als er am Kieler Matrosenaufstand teilnahm. 1919 wurde er Mitglied der KPD und nahm 1921 an den März-kämpfen in Mitteldeutschland teil. 1934 übernahm er in Lenin-grad die Leitung des Internationalen Seemannsklubs, einer Spezialabteilung des sowjetischen Geheimdienstes NKWD. In dessen Auftrag beteiligte er sich am Aufbau einer Organisation, die weltweit Sabotageakte gegen Schiffe sogenannter faschistischer Staaten verübte. Im Mai 1940 wurde er in Schweden wegen Spionage und Sabotage verhaftet und zu drei Jahren Haft verurteilt. Nachdem er im November 1944 die sowjetische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, beantragte er seine Ausreise in die Sowjetunion, die ihm gewährt wurde.

Im März 1946 kehrte Wollweber nach Deutschland in die Sowjetische Besatzungszone zurück und wurde im Mai desselben Jahres Mitglied der neu gegründeten SED. 1947 stieg er zum Leiter der Generaldirektion Schifffahrt auf und wurde schließlich im Juli 1953 Chef des MfS.

Wollweber zeichnete sich im Gegensatz zu seinem Nachfolger Mielke durch einen größeren intellektuellen Horizont, aber auch durch einen ausgeprägten politischen Instinkt und eine bemerkenswerte Rhetorik aus. Immer wieder präsentierte er wirkungsvoll die Arbeit seines Ministeriums nach außen. Seine Gegner

konnten einen gewissen Respekt nicht verhehlen. So hatte Philipp Scheidemann, der ihn aus der Weimarer Zeit kannte, einmal gesagt, Wollweber rechne „nicht zu den ganz Verrückten seiner Partei, sondern zu den Halbvernünftigen“. Wollweber schied am 31. Oktober 1957 krankheitsbedingt auf eigenen Wunsch aus dem Dienst des MfS aus.

Nun kam endlich Mielke als MfS-Minister zum Zuge und blieb bis 1989 an der Spitze des Ministeriums. Er war der Sohn eines Weddinger Stellmachers und trat im Alter von 14 Jahren dem Jugendverband der KPD bei. Nach eigenen Angaben wurde er 1925 Mitglied der KPD. Am 9. August 1931 erschossen er und Erich Ziemer die Polizeioffiziere Paul Anlauf und Franz Lenck während eines Streifengangs auf dem Bülowplatz in Berlin. Die Morde waren eine Reaktion auf harte Polizeieinsätze gegen Kommunisten, die die beiden Polizisten zu verantworten hatten. Die KPD schaffte die beiden Täter, um sie einer Verhaftung zu entziehen, einige Tage später in die Sowjetunion.

In Moskau erhielt er von 1932 bis 1936 eine politische und militärische Ausbildung an der Lenin-Schule und kämpfte von 1936 bis 1939 unter dem Decknamen Fritz Leissner im Spanischen Bürgerkrieg bei den Internationalen Brigaden. In der Endphase des Krieges ging er im Februar 1939 über die Pyrenäen nach Frankreich, wo er zusammen mit anderen Interbrigadisten interniert wurde. Nach seiner Freilassung führte ihn sein Weg zunächst nach Belgien, wo er Mitherausgeber der für Deutschland bestimmten, von der KPD im Grenzgebiet zu Belgien verbreiteten *Neuen Rheinischen Zeitung* war. Nach wechselnden Stationen wurde er gegen Ende des Zweiten Weltkriegs von der Organisation Todt zwangsverpflichtet und zum Bau von Bunkern eingesetzt.

Nach dem Krieg wurde Mielke Leiter der Polizeiinspektion Berlin-Lichtenberg im sowjetischen Sektor. Außerdem übertrug man ihm im Zentralkomitee der KPD die Funktion des Abteilungsleiters für Polizei und Justiz.

Eine Sonderrolle im MfS nahm die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) ein, die ein gewisses Eigenleben führte. Sie war Nachfolgeeinrichtung des 1951 geschaffenen Instituts für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung (IWF), dessen Aufgabe die Spionage gegen die Bundesrepublik und die Überwachung der

EIN ANFANG NACH DEM ENDE

dort stationierten Besatzungstruppen der Westalliierten war. Nach dem Übertritt des Abteilungsleiters Gotthold Krauss in die Bundesrepublik am 4. April 1953 wurde das Institut enttarnt und in der Folge als Hauptabteilung XV in das Sekretariat für Staatssicherheit (SfS), wie das MfS von Juni 1953 bis November 1955 hieß, eingegliedert. Daraus ging 1956 die HV A hervor. Leiter waren in den Jahren 1951/52 zunächst Anton Ackermann und Richard Stahlmann, danach bis 1986 Markus Wolf. Letzter Chef der HV A war schließlich Werner Großmann.

Wolf war die wohl schillerndste Figur im Berliner Spionagedickicht. Als Sohn des Schriftstellers Friedrich Wolf und Bruder des Filmregisseurs Konrad Wolf galt er als der Intellektuelle und Schögeist unter den DDR-Geheimdienstlern. Die HV A,



die für die Auslandsspionage der DDR zuständig war, hatte sich unter seiner Leitung den Ruf einer Eliteeinheit des MfS erworben. Der frühere Präsident des BfV Heribert Hellenbroich rechnete sie zu den besten Geheimdiensten der Welt neben Mossad, CIA und KGB. Seine Mitarbeiter fühlten sich nur pro forma als Teil des MfS und sahen sich eigentlich als eigenständige Institution. Ganz so war es aber doch nicht, denn auch in der HV A hatte letztlich Mielke das Sagen. Gerne behaupteten HV-A-Angehörige im Nachhinein, nicht an der Unterdrückung und Verfolgung der DDR-Bevölkerung beteiligt gewesen zu sein. So meinte Mielkes Stellvertreter Werner Großmann nach der Wende, die HV A habe keine Aktivitäten entfaltet, „im Ausland mit Mord und Totschlag zu arbeiten und andere Kapitalverbrechen zu verüben. (...) Wir

Das Gebäude des
MfS von der Frankfur-
ter Allee aus gesehen.
September 1985



haben in der HV A generell solche Verbrechen nicht geplant, wir haben niemanden damit beauftragt.“ Es habe „in unserer Tätigkeit“ weder theoretisch noch praktisch Entführungen gegeben. Das stimmt so jedoch nicht, denn die HV A unterstützte die anderen Bereiche des MfS beim Auskundschaften von Westverbindungen Oppositioneller und war in den Anfangsjahren durchaus auch an Entführungen beteiligt.

1986 schied Wolf auf eigenen Wunsch aus seinem Amt aus. In der Endphase der DDR gerierte er sich als Reformier, trat am 4. November 1989 bei einer Großdemonstration auf dem Alexanderplatz als Redner auf, forderte grundlegende Reformen des Sozialismus, wurde aber ausgepöbeln. Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley analysierte diesen Moment mit der Bemerkung: „Als ich sah, dass seine Hände zitterten, weil die Leute gepöbeln haben, da sagte ich zu Jens Reich: So, jetzt können wir gehen, jetzt ist alles gelaufen. Die Revolution ist unumkehrbar.“

Die Zentrale des MfS befand sich in einem großen Gebäudekomplex an der Frankfurter Allee im Bezirk Lichtenberg. Um zu verhindern, dass die Anlage von den Nachbarhäusern ausspioniert werden konnte, waren deren Bewohner zum großen Teil MfS-Angehörige und andere regierungstreue Bürger. Trotzdem trauten die MfS-Geheimdienstler ihren Nachbarn nicht und befürchteten, westliche Spione könnten sich unter ihnen eingenistet haben. Deshalb warb man Inoffizielle Mitarbeiter in den Häusern, die ihre Nachbarn beobachteten. Sie registrierten, wer ein- und ausging und welche Kraftfahrzeuge dort parkten. Die Post der Bewohner der umliegenden Häuser wurde kontrolliert, um festzustellen, ob sie geheime Botschaften westlicher Geheimdienste enthielten.

Neben der Zentrale existierten noch weitere Standorte, wie zum Beispiel das Gefängnis in Hohenschönhausen. In der Nähe der Haftanstalt befand sich auch ein Sonderarchiv des MfS mit Unterlagen aus der NS-Zeit. Mit den dort gesammelten Daten sollten Politiker in der Bundesrepublik erpresst werden. Auch der Operativ-Technische Sektor des MfS (OTS), in dem Spionagetechnik aufbewahrt wurde, lag in Hohenschönhausen. Die Berliner Bezirksverwaltung war seit 1985 in Friedrichsfelde in Gebäuden untergebracht, in denen sich heute Teile der Hochschule für Wirtschaft und Recht sowie anderer Behörden befinden.

ERSTE SCHRITTE DER SPIONE

Die Anfangsjahre der Geheimdienste
in Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg
bis zum Mauerbau

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war nicht mehr Deutschland der gemeinsame Feind aller vier Alliierten, sondern für die westlichen Staaten war es zunächst die Sowjetunion, später auch die DDR, umgekehrt sah sich Moskau vom Westen bedroht. Beide Sichtweisen hatten ihre Berechtigung. Jede Seite war voller Argwohn, ob nicht der Gegner einen militärischen Überfall plante. Das Problem war, dass man nicht wusste, ob die feindlichen Armeen schon für einen neuen Krieg bereitstanden. Die Nervosität in den politischen Führungsspitzen war beträchtlich, als man merkte, wie wenig man wusste und wie groß der Informationsbedarf war. Deshalb setzten alle vier Besatzungsmächte viel Energie ein, um sich ein Bild vom Stand der Rüstung und von den politischen Überlegungen der anderen Seite zu machen.

Die Arbeit der Geheimdienste in Berlin ließ in den ersten Nachkriegsjahren zu wünschen übrig. Zum einen befanden sich die Strukturen organisatorisch noch im Aufbau und funktionierten nicht richtig, zum anderen fehlte es an qualifiziertem Personal, das in der Lage war, Informationen unauffällig zu beschaffen und auszuwerten. Weil westliche Geheimdienste nicht in ausreichender Zahl über eigene Agenten verfügten, kauften sie mitunter Informationen bei Nachrichtenhändlern. Dieser Spezies von Geheimagenten kam es aber weniger auf die Seriosität ihrer Informationen als vielmehr auf den finanziellen Profit an, sodass die gekauften Informationen vielfach unbrauchbar waren.

Die ersten Jahre der CIA in Berlin verliefen ziemlich holprig. Der Dienst litt unter Personalmangel, fehlenden Geldmitteln und hatte wenig Kenntnis von der deutschen und sowjetischen Mentalität. Agenten waren nicht ausreichend getarnt und konnten teilweise schnell identifiziert werden. Sie übernachteten mitunter in größerer Zahl in sicheren Häusern, die eigentlich geheimen Treffen

zwischen Spionen und ihren V-Mannführern vorbehalten waren, und lernten so andere CIA-Angehörige kennen, was aus Gründen der Konspiration nicht erwünscht war. Auf Weihnachtsfeiern kam ein größerer Kreis von CIA-Mitarbeitern zusammen, die sich eigentlich nicht kennen durften. Konspirative Treffen waren oft nicht ausreichend vorbereitet und abgesichert, so hatte beispielsweise der Nachrichtenhändler Igor Orlow, der für einen amerikanischen Geheimdienst arbeitete und als Alkoholiker und Schürzenjäger galt, keine Hemmungen, einen sowjetischen Offizier, den er werben sollte, in dessen Wohnung in Karlshorst aufzusuchen, ein grober Verstoß gegen die Regeln der Konspiration. Zu allem Überfluss misslang die Werbung auch noch. In anderen Werbefällen hatten die Amerikaner den Eindruck, dass Orlows Spitzel Köder der Sowjets waren. Schließlich geriet Orlow selbst in den Verdacht, für den KGB zu arbeiten. Er wurde mehreren Sicherheitsüberprüfungen unterzogen, die allerdings nicht zu eindeutigen Ergebnissen führten.

Trotz der Anfangsschwierigkeiten waren die amerikanischen Geheimdienste zunehmend erfolgreich. Die CIA konnte einige deutsche Zivilangehörige werben, die versteckte Kameras und Mikrofone in den Karlshorster Unterkünften der sowjetischen Geheimdienste anbrachten. Zum Beispiel stellte ein deutscher Arbeiter einen Lkw in eine Einfahrt zur Garnison und legte eine Brotbüchse auf das Armaturenbrett, in die eine Kamera installiert war, mit der er fotografierte, wer ein- und ausging.

Den anderen westalliierten Geheimdiensten ging es nicht besser als den Amerikanern. Der französische Geheimdienst SDECE galt nach dem Krieg als unseriös, da er in großem Umfang Informationen von Nachrichtenhändlern erwarb, die Informationen aus der DDR erfanden oder frisierten.

Die Briten hätten, so behauptete der Journalist Heinz Höhne einmal, anfangs derart wenig Informationen über die Strukturen sowjetischer Dienste in Berlin gehabt, dass alles auf einer halben Seite niedergeschrieben werden konnte.

In einer besonderen Situation befand sich der KGB bzw. seine Vorläuferorganisation MGB. Um bei Stalin nicht in Ungnade zu fallen, beschrieben die Berliner Geheimdienstler in ihren Berichten nach Moskau nicht unbedingt die tatsächliche Situation, sondern meldeten das, von dem sie annahmen, dass Stalin es lesen wollte. So berichtete ein Berliner MGB-Mitarbeiter am 3. Juli 1948

nach Moskau, die Amerikaner wären von der Blockade „niedergeschlagen“ und würden bereits wichtige Dokumente mit Flugzeugen aus der Stadt schaffen. Mit dieser und anderen Meldungen wollten die Berliner MGB-Mitarbeiter signalisieren, wie wirkungsvoll die Blockade angeblich war. Intern sah man die Sache allerdings ganz anders. Der MGB-Offizier Gregori Korotja hielt die Abriegelung West-Berlins für schlecht konzipiert und ausgeführt.

Er beschwerte sich, dass sein

Dienst in die Vorüberlegungen nicht einbezogen worden war, so dass man völlig überrascht von der Luftbrücke war.

Nachdem das MGB in den KGB umorganisiert worden war, wuchs die Berliner Residentur permanent. 1960 war sie mit ungefähr 1000 Mitarbeitern die größte Dienststelle des KGB außerhalb der Sowjetunion und wurde deshalb „Berliner Kreml“ genannt. Das Agentennetz der sowjetischen Dienste bestand bereits 1946 aus rund 2300 deutschen Spitzeln, 1949 waren es ungefähr 3000. Welche Bedeutung die Berliner Residentur schon frühzeitig hatte, zeigt sich daran, dass 1947 ihre ranghöchsten Offiziere, die Generalobersten Iwan A. Serow und Nikolai K. Kowaltschuk, stellvertretende Minister der Sowjetunion waren.

Auch die Organisation Gehlen hatte mit massiven Anfangsproblemen zu kämpfen. Gehlen und seine Leute wussten mitunter gar nicht, woher die Informationen kamen, die in Pullach anlangten, auch die Quellen kannten die Pullacher Nachrichtendienstler häufig nicht. Oft wurde die Konspiration bei der Informationsbeschaffung und -weiterleitung nicht gewahrt. Wie leichtfertig Spione teilweise handelten, zeigt das Beispiel, als ein Gehlen-Agent eine Maschinenpistole in einem Geigenkasten über die Grenze von Ost nach West geschafft hatte.



Iwan A. Serow war nach dem Krieg Leiter der gesamten Zivilverwaltung der SMAD und damit auch für Sicherheitsfragen zuständig.

Der Doppelagent
Hans-Joachim Geyer
sagt im Prozess gegen
angebliche Spione der
Organisation Gehlen
vor dem Obersten
Gericht der DDR aus.
Dezember 1953

Der stellvertretende Leiter der Berliner Spionageabwehr, Wolfgang Höher, entpuppte sich als DDR-Spion, der seine eigenen Agenten verriet. Der Mann verschwand am 13. Februar 1953 spurlos aus der westlichen Stadthälfte. Es hieß, er habe sich in einem Lokal am Wittenbergplatz mit einem Kontaktmann getroffen, der als Agent für den sowjetischen Geheimdienst arbeitete. Dieser habe ihm unbemerkt ein Betäubungsmittel in das Weinglas geschüttet und ihn, als er nicht mehr klar denken konnte, überredet, für die Heimfahrt gemeinsam mit ihm die U-Bahn zu benutzen. Die Fahrt soll jedoch nicht bei der Wohnung Höhers, sondern in Ost-Berlin geendet haben. Diese Version entspricht aber wohl nicht den Tatsachen. Vielmehr war Höher in West-Berlin der Boden unter den Füßen zu heiß geworden, weshalb er seine Führungsstelle überredete, ihn abzuführen.

Nicht nur Höher schadete der Organisation Gehlen beträchtlich, sondern auch der Berliner Mitarbeiter Hans-Joachim Geyer, der ebenfalls als Doppelagent unterwegs war. 1952 nahm er Verbindung zur Organisation Gehlen auf und spionierte für den Dienst in der DDR, wurde jedoch schon Ende des Jahres dort verhaftet. Während der Verhöre verpflichtete er sich, bei der Organisation Gehlen unter dem Decknamen „Joe Ball“ als Inoffizieller Mitarbeiter für das MfS zu arbeiten. Daraufhin kehrte er nach West-Berlin zurück und spionierte ungefähr ein Jahr lang, bis er Ende Oktober 1953 von Berlin-Schöneberg nach Ost-Berlin zog. Dort kam ihm eine wichtige Rolle in den sogenannten Gehlen-Prozessen zu. Unter dieses Stichwort fiel eine Reihe von Gerichtsverfahren in der DDR gegen tatsächliche oder angebliche Westagenten. Den Prozessen vorausgegangen waren einige operative Großaktionen des MfS. Zunächst fand im Oktober 1953 die Aktion „Feuerwerk“ statt, in deren Folge 109 mutmaßliche Informanten westlicher Geheimdienste in der DDR festgenommen wurden. Die Verhaftungen erfolgten Schlag auf Schlag innerhalb von 48 Stunden. Geyer hatte die entsprechenden Hinweise gegeben. Wie wichtig dem MfS seine Informationen waren, zeigt die Tatsache, dass der Verräter 10 000 DM, damals eine astronomisch hohe Summe, als „Anerkennung“ erhalten hatte. Die Verhaftungswelle wurde vom MfS und von der Staatsführung in großem Umfang propagandistisch ausgeschlachtet. Die DDR-Presse berichtete über Geheimcodes der Amerikaner und über vertrauliche



Dienstanweisungen der Organisation Gehlen, Mielke und Wollweber sprachen auf großen Betriebsversammlungen über die Aktion „Feuerwerk“. Diese Art der Öffentlichkeitsarbeit hatte eine doppelte Zielrichtung: Zum einen sollte die effektive Arbeit des MfS hervorgehoben werden, zum anderen wollte man dadurch noch nicht enttarnte westliche Agenten abschrecken. Tatsächlich war die Aktion „Feuerwerk“ ein empfindlicher Schlag gegen die Organisation Gehlen.

Aber es ging noch weiter mit der Verhaftungswelle: Im August 1954 folgte die Aktion „Pfeil“, die sich wieder gegen die Organisation Gehlen, aber auch gegen andere Geheimdienste richtete. In kürzester Zeit verhafteten die Sicherheitsorgane der DDR viele der Spionage Verdächtige. Nach Angaben Mielkes wurden 277 der Festgenommenen der Organisation Gehlen zugerechnet, 176 den amerikanischen Geheimdiensten und 94 den französischen. Wieder folgte eine öffentliche Kampagne, die dieses Mal eine ganz besondere Richtung nahm, denn man beschuldigte die Organisation Gehlen bei dieser Gelegenheit, gegen Frankreich zu spionieren. Am 6. August 1954 titelte das *Neue Deutschland*: „Westdeutsche ‚Fünfte Kolonne‘ wühlt gegen Frankreich – Gehlen-Spione arbeiten an der Vorbereitung eines neuen ‚Marsches auf Paris‘“. Mit dieser Behauptung sollten in Frankreich antideutsche Vorbehalte geschürt werden.

Eine weitere Verhaftungswelle folgte Ende 1954. Sie richtete sich in erster Linie gegen innere „Feinde“ des Systems, aber auch sie führte zu zahlreichen Verhaftungen von Personen, die tatsächlich oder vermeintlich mit westlichen Geheimdiensten in Kontakt standen. So wurden 100 Personen festgenommen, denen eine Verbindung zu westdeutschen Spionagediensten zugerechnet wurde, 188 sollen für amerikanische Dienste gearbeitet haben und 105 für britische.

Im Mai 1956 gelang es dem Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS Horst Hesse alias „Jürgen“, der in der Zentrale des amerikanischen Militärgeheimdienstes Military Intelligence Division arbeitete, dort zwei Panzerschränke auszuräumen und die komplette Agentenkartei des amerikanischen Militärspionagedienstes in Deutschland an seine Auftraggeber in Ost-Berlin zu liefern. Als Konsequenz dieser Aktion wurden in der DDR 140 Personen verhaftet.

Aber das MfS hatte auch Rückschläge hinzunehmen. So mussten etliche Mitarbeiter wegen Unfähigkeit bald wieder entlassen werden. Zudem liefen zwischen 1950 und 1953 44 aktive und 38 ausgeschiedene Mitarbeiter in den Westen über, bis 1960 waren es etwa 400. Um den dramatischen Verlust einzudämmen und ein Zeichen zu setzen, dass man das Überlaufen nicht duldete, holte das MfS 108 von ihnen, teilweise unter Zwang, teilweise durch Überredung, in die DDR zurück und verurteilte sie zu harten Strafen, sieben wurden hingerichtet. Schmerzlich getroffen von den Übertritten war die HV A. Zunächst lief im Mai 1959 der Leiter des CDU-Referats in die Bundesrepublik über, kurz darauf dessen Stellvertreter. Es dauerte fast zehn Jahre, bis die operative Arbeit gegen die CDU wieder den Stand der Vormauerzeit erreichte, von dem Einblick, den westliche Dienste in die Arbeit der HV A gewinnen konnten, einmal ganz abgesehen. Markus Wolfs angebliche Elitetruppe geriet nach diesen Ereignissen innerhalb des MfS stark in die Kritik.

Trotz vieler Verhaftungen gelang es der Organisation Gehlen, nach und nach ein Agentennetz in der DDR aufzubauen. In großer Zahl sprachen die Werber des Dienstes, als die Grenze noch offen war, DDR-Bürger an. Das geschah oft in sogenannten Grenzkinos, die unmittelbar an der Sektorengrenze im westlichen Teil Berlins lagen und für geringes Eintrittsgeld Westfilme für Ostbesucher zeigten. Nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 wurde auch die Verteilung von Care-Paketen an DDR-Bürger genutzt, um diese zur Spionage anzuwerben.

Bei der Werbung von Agenten ging die Organisation Gehlen nicht immer zimperlich vor. Mitunter wurden potenzielle Spione unter Druck gesetzt, damit sie für den Dienst arbeiteten. Als der Leipziger Kurt Heinz Wallesch sich weigerte, für die Organisation zu spionieren, drohte ihm sein V-Mannführer, er werde notfalls die DDR-Organe darüber aufklären, dass Wallesch im Zweiten Weltkrieg an Massenerschießungen teilgenommen habe.

Welche Rolle spielte nun die Berliner Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze im Kampf der Geheimdienste? Man spannte sie – mit oder ohne ihr Wissen – im Einsatz gegen die andere Seite ein. Dies geschah nicht nur im Rahmen geheimer Operationen, sondern auch bei der Propaganda, die im Westen darauf abzielte, Wut gegen das DDR-System zu schüren, im Osten sollte Hass gegen das kapitalistische System in der Bundesrepublik geschürt werden.

ERSTE SCHRITTE DER SPIONE

Die Westalliierten, insbesondere die Amerikaner, gingen bei ihrer Agitation recht subtil vor. Sie nutzten einerseits die Medien, zum Beispiel den RIAS, um durch ausführliche Berichte über das Unrecht in der DDR Antipathie bei Menschen auf beiden Seiten der Grenze zu wecken. Andererseits waren sie mit Organisationen in West-Berlin verbunden, die sich den Kampf gegen das DDR-Regime auf die Fahnen geschrieben haben. Hier spielten insbesondere der Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (UFJ) und die Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit (KgU), über die noch zu berichten sein wird, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Auf diese Weise spannten die westalliierten Dienste eine größere Zahl politisch engagierter Menschen für ihre Interessen ein, die nicht in die klassische Kategorie der Spione fielen.

Die Wirkung der geheimdienstlichen Arbeit war auf beiden Seiten der Grenze unterschiedlich. Das Regime im östlichen Teil Deutschlands, das gerade in den ersten Jahren seiner Existenz äußerst brutal gegen Andersdenkende vorging, erzeugte mit seiner Propaganda in großen Teilen der Bevölkerung Angst. Es förderte mit seiner Agitation aber auch die Bereitschaft, sich in den Dienst





westlicher Geheimdienste zu stellen. So erklärte ein Bauarbeiter, der für die Organisation Gehlen arbeitete, 1947: „Ich fühlte mich moralisch zum Kampf gegen den kommunistischen Feind im Land berechtigt und verpflichtet.“ Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass für die meisten Spione in Ost wie West der finanzielle Anreiz im Vordergrund stand.

Wegen der Versorgung aus der Luft während der Blockade 1948/49 bezeichneten die West-Berliner die Alliierten als „Schutzmächte“.



In West-Berlin nannte man die Alliierten nicht ohne Grund „Schutzmächte“. Während und nach der Luftbrücke wurde ihnen seitens der West-Berliner Bevölkerung große Sympathie entgegengebracht. Weil den Amerikanern zu Recht der größte Verdienst bei der Versorgung während der Blockade zugeschrieben wurde, entstand gerade gegenüber den USA Dankbarkeit und Solidarität, die bis zum Vietnamkrieg, der dann zunehmend kritische Stimmen laut werden ließ, anhielten. Da die geheimdienstlichen Aktivitäten der Westalliierten aus Sicht der West-Berliner Bevölkerung ihrem Schutz dienten, war man sogar ein bisschen stolz darauf, dass die Schutzmächte ihre Rolle als Garanten der Freiheit ernst nahmen und so ein Symbol der Freiheit setzten. Die Berliner fühlten sich als Speerspitze im Kampf gegen den Kommunismus.

Was die West-Berliner Bevölkerung nicht wahrnahm oder vielleicht auch nicht wahrnehmen wollte, war ihre eigene Überwachung durch die Alliierten. Dies ist bis heute ein weitgehend unbekanntes Kapitel in der Berliner Spionagegeschichte. Was sich hinter den Kulissen abspielte, bekamen am ehesten noch die Berliner Polizei und der Verfassungsschutz mit, wenn sie hin und wieder von den alliierten Sicherheitsbehörden geheime Informationen zur Weiterverfolgung von Straftaten oder Beobachtung extremistischer Bestrebungen erhielten. Dies waren sozusagen die Brosamen der Arbeit alliierter Dienste. Aber auch die Berliner Sicherheitsbehörden hatten keine genauen Kenntnisse darüber, was die Alliierten in der Teilstadt trieben. Der bundesdeutsche Geheimdienstexperte und Autor Erich Schmidt-Eenboom meint zum Beispiel, dass in der Abhörstation auf dem Teufelsberg nicht nur der Funkverkehr der Streitkräfte des Warschauer Paktes abgehört, sondern auch die West-Berliner Bevölkerung überwacht wurde. Wie sehr die Berliner im Westteil der Stadt im Visier auch der Westalliierten standen, zeigt ein Beispiel aus der Zeit nach der deutschen Einheit: Als die Briten aus Berlin abzogen, übergaben sie ihre Telefonüberwachungstechnik, mit der sie Telefongespräche in West-Berlin abgehört hatten, dem BfV – und dort war man perplex angesichts der Größe der Anlage, die der des Bundesamtes in Köln entsprach, von wo aus man die gesamte Bundesrepublik überwachte.